



FDP | 12.09.2014 - 14:15

---

## PAQUÉ-Gastbeitrag: Gibt es doch Gesetze des Kapitalismus?

Berlin. Das FDP-Bundesvorstandsmitglied KARL-HEINZ PAQUÉ schrieb für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (Freitag-Ausgabe) den folgenden Gastbeitrag:

Der neue Karl Marx! So etwa war die Reaktion der Öffentlichkeit, als Thomas Piketty sein Buch „Capital in the Twenty-First Century“ im März in englischer Übersetzung aus dem Französischen bei Harvard University Press vorlegte. Das fast 700 Seiten starke Opus erhielt zum Teil hymnische Kritiken und wurde binnen kurzer Zeit zum Bestseller, jedenfalls in den Vereinigten Staaten, wo in zwei Monaten 300 000 Exemplare davon verkauft wurden. In Kürze wird es auf Deutsch erscheinen.

Der Autor, ein bis dahin nur in Fachkreisen bekannter französischer Volkswirt der École des hautes études en sciences sociales (EHESS) in Paris, wurde über Nacht zum Star der Printmedien und des Internets. Endlich jemand, so die Botschaft der Feuilletons, der die Gesetze des modernen Kapitalismus offenlegt – und zwar in jener zentralen Wirkung, die der etablierte Mainstream der Wirtschaftswissenschaft angeblich so gerne übergeht: den unerbittlichen Trend zur Spaltung der Gesellschaft in Reich und Arm. Dazu liefert er noch Vorschläge zur politischen Lösung des Problems: massive Erhöhung der Besteuerung des Wohlstands, und zwar in allen seinen Formen, vom Einkommen über das Vermögen bis zu den Erbschaften.

Der Vergleich von Piketty mit Marx ist dabei absolut berechtigt und wohl auch vom Autor gewünscht. Der Titel des Buches erinnert explizit an „Das Kapital“, das Hauptwerk von Marx; die politischen Vorschläge sind ähnlich radikal wie bei Marx, wenn auch nicht ganz so revolutionär. Aber vor allem ist die methodische Vorgehensweise der beiden tief verwandt: Sie suchen im Kapitalismus unabänderliche Trends, Piketty allerdings als moderner Einkommens- und Vermögensforscher mit unendlich schärferen empirischen Instrumenten als seinerzeit Marx. Beide liefern einen Beitrag zu jener Kategorie von Wissenschaft, die der österreichische Philosoph Karl Popper als „historizistisch“ bezeichnete und scharf kritisierte. Allein der Versuch, ehernen Gesetze der Geschichte zu identifizieren, war für den kritischen Rationalisten Popper unwissenschaftlich, denn es widersprach seiner Logik der Forschung, die auf den permanenten Versuch der Falsifikation von Hypothesen setzte und politisch der „Stückwerktechnologie“ den Vorzug vor radikalen Umgestaltungen gab, denen stets etwas Totalitäres anhafte.

Gerade darin mag allerdings die Faszination liegen, die das Denkmodell von Karl Marx jahrzehntelang ausübte und sich jetzt auch bei den ehernen Gesetzen des Thomas Piketty wieder zeigt. Denn bei Marx war es das bestechend einfache Gesetz der fallenden Profitrate, das die Dynamik des Kapitalismus beherrschte und dessen Niedergang erzwang. Bei Piketty ist es nichts als eine verblüffend einfache Ungleichheit. Sie lautet: die reale Kapitalrendite „r“ ist höher als die volkswirtschaftliche Wachstumsrate „g“ (für growth), also  $r > g$ . In der volkswirtschaftlichen Wachstumstheorie ist  $r > g$  keine Zauberformel, sondern eine fast selbstverständliche Annahme: In einer Welt, in der Menschen ungeduldig sind und lieber heute als morgen die Früchte ihrer Leistung konsumieren statt zu sparen, müssen sie von Investoren für ihren Verzicht entschädigt werden, und zwar über die reine Zuwachsrate der Wertschöpfung hinaus. Die Ungleichheit  $r > g$  ist also ein absolut plausibles Charakteristikum der wirtschaftlichen Realität, zumindest zu „normalen“ Zeiten.

Und genau hier setzt Pikettys Gedankengang ein: Wenn dem so ist, werden diejenigen, deren Einkommen sich überproportional aus Zinseinkünften (und nicht aus Lohneinkommen!) speist, immer

dann einen höheren Zuwachs ihres Einkommens erleben, wenn die Löhne deutlich langsamer wachsen. Die Ungleichheit  $r > g$  überträgt sich dann also – direkt und unmittelbar – auf die Einkommensverteilung der Gesellschaft zwischen den Beziehern von Kapital- und Lohneinkommen, was zu zunehmenden Kapital- und abnehmenden Lohnquoten führt. Parallel dazu nimmt die Relation zwischen Vermögen und Einkommen in der Gesellschaft im Trend zu, genauso wie das Verhältnis zwischen Nachlässen und Einkommen. Die Gesellschaft wird also im Trend immer „kapitalistischer“: Die relativen Verlierer des Wachstums sind die Bezieher von Arbeitseinkommen, die Gewinner sind die Kapitaleigner. Und da Erstere weit überproportional in den ärmeren und Letztere in den reicheren Schichten der Gesellschaft zu finden sind, überträgt sich die zunehmend ungleiche funktionale in eine zunehmend ungleiche personelle Einkommensverteilung. Hinzu kommt, dass Besitzer großer Vermögen typischerweise durch den Einsatz kluger und teurer Berater höhere Kapitalrenditen erzielen als Kleinsparer, was die Ungleichheit noch weiter akzentuiert. Fazit: Die Reichen werden schneller noch reicher, als die Armen sich aus der Armut befreien. Die Gesellschaft spaltet sich – und dies letztlich allein wegen  $r > g$ !

Wahrlich ein faszinierend einfacher Gedankengang. Was aber sagen die Daten? Hier kommt Pikettys Forschungsleistung. Mit bewundernswerter statistischer Akribie versucht er vor allem auf der Basis von historischen Steuerdaten zu zeigen, dass tatsächlich die Entwicklung der Einkommens- und besonders der Vermögensverteilung in den langen Perioden des Wirtschaftswachstums zu Friedenszeiten eben genau diesem Muster folgt. Dies gilt jedenfalls für die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg und seit den siebziger Jahren. Es gilt allerdings nicht für die Zeit dazwischen, in der zunächst zwei Weltkriege sowie die politischen Wirren und Weichenstellungen der Zwischenkriegszeit die Kapitaleinkünfte radikal beschnitten und dann anschließend der Nachkriegsboom – in Deutschland das „Wirtschaftswunder“, in Frankreich die „Trente glorieuses“ genannt – für einen außerordentlich starken Wachstumsschub sorgte. Pikettys Welt des Kapitalismus seit der Industrialisierung teilt sich also gerade mal in drei Phasen ein, und zwar in zwei „normale“: bis 1914 und ab den späten siebziger Jahren bis heute, und in eine „anormale“: die zwei Generationen dazwischen. Seine Schlussfolgerung: Wenn es so weitergeht wie bisher (und laut Piketty wird es das!) und wenn die Politik nicht scharf eingreift, dann nähern wir uns bald dem Maß der Ungleichheit wieder an, das kurz vor dem Ersten Weltkrieg herrschte.

Piketty sieht in dieser Entwicklung eine große Gefahr, nämlich den Wiederaufstieg eines „patrimonialen Kapitalismus“ – ein Begriff, den er selbst geprägt hat. Gemeint ist damit eine Gesellschaft, in der nicht die individuelle Leistung durch Arbeit das Einkommen und die Lebenschancen bestimmt, sondern zunehmend ererbtes oder früh in einem langen Leben akkumuliertes Vermögen. Diese Gesellschaft ist also alles andere als meritokratisch und entfernt sich somit systematisch von jener Leistungsmotivation, die als Urtrieb der kapitalistischen Marktwirtschaft gelten kann. Deshalb bedarf es scharfer Eingriffe in Form hoher Einkommen- und Erbschaftsteuern, um die Meritokratie wiederherzustellen – mit Grenzsteuersätzen von mehr als 80 Prozent bei höheren Einkommen und Nachlässen sowie einer kräftig zupackenden jährlichen Vermögensbesteuerung. Es geht aus seiner Sicht also nicht um die Beseitigung eines leistungsorientierten Kapitalismus, sondern um dessen Rekonstruktion. Es ist insofern ein jakobinisches Programm, kein traditionell sozialistisches.

So weit die Kernbotschaft von Piketty. Sie hat sehr viel grundsätzliche Zustimmung gefunden, allen voran durch den Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft Paul Krugman, der in einer enthusiastischen Kritik in der „New York Review of Books“ Pikettys Werk zu einem Meilenstein der Wirtschaftswissenschaft erklärte. Tatsächlich lässt sich überhaupt nicht bestreiten, dass Thomas Pikettys Werk fast 15 Jahre Verteilungsforschung zusammenfasst, die bereichernd und zum Teil bahnbrechend ist. Dies allein verlangt großen Respekt. Die Kernfrage lautet allerdings: Sind Pikettys weitreichende Schlussfolgerungen in Diagnose und Therapie wirklich gerechtfertigt? Die Antwort dazu ist ein klares Nein, und dies aus historischen, ökonomischen und politischen Gründen.

Beginnen wir mit der historischen: Nähern wir uns wirklich den Verteilungsverhältnissen vor dem Ersten Weltkrieg? Blickt man auf die personelle Vermögensverteilung, die politisch bedeutsamste Statistik, die Piketty liefert, sind die Belege dafür erstaunlich dünn. Piketty berechnet den Anteil der reichsten zehn beziehungsweise ein Prozent der Bevölkerung am volkswirtschaftlichen Gesamtvermögen, und zwar für

jene vier Länder, für die überhaupt Daten über den langen Zeitraum 1810 bis 2010 verfügbar sind, also Frankreich, Großbritannien, Schweden und die Vereinigten Staaten (aber leider nicht Deutschland!). Es gelingt ihm damit zu zeigen, dass die Entwicklung in allen Ländern tatsächlich in drei Phasen zerfällt: die Zeit bis 1914 zunehmende, danach bis in die siebziger Jahre abnehmende und anschließend wieder zunehmende Vermögensanteile der Top-10- beziehungsweise Top-1-Prozent der Bevölkerung. Allerdings ist die Zunahme in den letzten Dekaden sehr moderat, weit moderater als die Abnahme in der langen Phase zuvor.

So lag der Vermögensanteil der Top 10 im Vereinigten Königreich 1910 bei 92,0 Prozent, 1980 bei 62,6 Prozent und 2010 bei 70,5 Prozent; in Frankreich waren es 1910 fast 89 Prozent, 1980 dann 61,8 Prozent und 2010 gerade mal 62,4 Prozent, eine Steigerung um ganze 0,6 Prozentpunkte in 30 Jahren! Analoges gilt für die superreichen Top-1-Prozent. Für keines der drei europäischen Länder wird jedenfalls das Niveau der Ungleichheit von vor dem Ersten Weltkrieg auch nur annähernd erreicht. Lediglich für die Vereinigten Staaten kommt die Ungleichheit dem damaligen Niveau recht nahe, was allerdings nur daran liegt, dass ebendiese Ungleichheit vor 1914 noch weit geringer ausfiel als in Europa, weil es in dem klassischen Einwanderungsland Amerika damals noch an kontinuierlich gewachsenen privaten Vermögensmassen fehlte (trotz einiger Tycoons wie Carnegie und Rockefeller).

Von einem dramatischen Auseinanderdriften der westlichen Gesellschaften kann also nicht wirklich die Rede sein. Die Rückkehr zu den kapitalistischen Verteilungsverhältnissen des frühen 20. Jahrhunderts liegt also noch in weiter Ferne. Indirekt räumt Piketty dies sogar ein, wenn er in seinem Buch vom modernen Wachstum einer „patrimonialen Mittelklasse“ spricht, die viel breiter ist als vor dem Ersten Weltkrieg. Allerdings befürchtet er, dass der Trend mit  $r > g$  sich in der Zukunft weiter fortsetzt und eher noch verschärft. Der Grund: Die Globalisierung der Finanzmärkte sorgt weltweit für unverändert hohe Kapitalrenditen, während das volkswirtschaftliche Wachstum in den Industrieländern durch die demographischen Kräfte eher zurückgehen wird. Die treibende Kraft der Ungleichheit bleibt also erhalten und wird eher noch stärker als in der Vergangenheit – eine düstere Prognose. Sie steht allerdings auf recht tönernen Füßen, denn sie verkennt die Möglichkeit eines grundlegenden Trendbruchs, der genau in die Gegenrichtung läuft und sich heute anbahnt. Dieser betrifft die Knappheit von Kapital und Arbeit – und damit der Preise: den Zins und den Lohn. Für diesen Trendbruch liegen längst starke Indizien vor, die Piketty weitestgehend außer Acht lässt.

Auf der Seite des Kapitals gibt es zunehmend Anzeichen, dass wir in ein Zeitalter global niedriger realer Renditen hineingleiten, worauf frühzeitig der deutsche Ökonom Carl Christian von Weizsäcker hingewiesen hat. Der Grund liegt in einer globalen Kapitalschwemme (Savings glut), die seit einigen Jahren zu beobachten ist. Deren Ursachen sind zweigeteilt: Zum einen sorgt überall die demographische Entwicklung mit zunehmender Lebenserwartung für eine größere Sparsbereitschaft, zum anderen erweist es sich für schnell wachsende Entwicklungs- und Schwellenländer als außerordentlich schwierig, für Finanzkapital die nötige Bonität (Triple-A-Status) zu erreichen, um die überschüssigen Vermögensmassen zu absorbieren. Beide Ursachen sind in der Geschichte der Weltwirtschaft neu. Niemals zuvor hat es einen globalen Alterungsprozess wie heute gegeben; und niemals zuvor – auch nicht im 19. Jahrhundert – gab es eine derart große Diskrepanz zwischen dem überaus schnellen Wachstum großer Nationen, die sich industrialisieren, und ihrer Fähigkeit, durch interne Reformen glaubwürdige Institutionen aufzubauen, die für die wachsende Zahl und das wachsende Vermögen von in- und ausländischen Anlegern attraktiv sind. Gerade die globale Industrialisierung und Integration der Kapitalmärkte könnte also für sehr niedrige Realzinsen sorgen. Eine simple Fortschreibung des Trends, wie sie Piketty vornimmt, ist heutzutage nicht angemessen. Jedenfalls ist  $r > g$  in den nächsten Jahrzehnten alles andere als selbstverständlich, zumindest in den wohlhabenden Industrienationen.

Noch dramatischer wird die Wirkung der Veränderungen an den Arbeitsmärkten der wohlhabenden Industrieländer sein. Im Zuge der demographischen Entwicklung werden in den kommenden Jahrzehnten sehr geburtenstarke Jahrgänge – die Babyboomer – aus dem aktiven Arbeitsleben ausscheiden. Es wird dann zu einer Verknappung der Arbeitskraft kommen, ähnlich wie in den fünfziger

und sechziger Jahren. In Deutschland ist dieser Trend im Ansatz schon heute erkennbar, genauso wie in Österreich, der Schweiz, Dänemark, Finnland und Schweden, die derzeit ein krisenfreies Wachstum erleben. Dort sind in jüngster Zeit die Reallöhne kräftig gestiegen. In den Krisenländern der Eurozone wird dieser Trend dagegen von starken makroökonomischen Störungen überlagert. Erst nach Auslaufen der Schuldenkrise dürften sich dann auch dort die demographischen Kräfte bemerkbar machen und zu einer Umverteilung zugunsten des Faktors Arbeit führen. Mit Blick auf Pikettys  $r > g$  heißt dies: Selbst wenn die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate ( $g$ ) im Zukunftstrend relativ niedrig liegen sollte, kann die Zuwachsrates der Arbeitseinkommen deutlich höher ausfallen als die der Wertschöpfung. Jedenfalls spricht die Lage am Arbeitsmarkt stark dafür, dass die funktionale Aufteilung der Einkommen auf Kapital und Arbeit sich im Trend endlich wieder zugunsten der Arbeit verschiebt. Das wird auch die personelle Einkommensverteilung gleicher machen, zu Lasten der wohlhabenderen Bezieher von Kapitaleinkünften und zugunsten der weniger wohlhabenden Bezieher von Arbeitseinkommen, also in die Gegenrichtung zu Pikettys Prognose.

Die Verteilungswirkung der Knappheit von Arbeitskräften ist übrigens historisch überhaupt kein neues Phänomen. Sie zeigt sich gerade in jener langen „anormalen“ Phase von 1914 bis in die siebziger Jahre, die Pikettys Gesetz eben nicht widerspiegelt. So sorgte der Erste Weltkrieg, so zynisch es klingen mag, durch Mobilisierung und Massensterben infolge von Krieg und Krankheiten für eine drastische Aufwertung der Gewerkschaftsmacht, die sich in steigenden Löhnen niederschlug – bis zur Weltwirtschaftskrise, die dann die Kapitaleinkünfte noch stärker traf als die Löhne. Nach dem Zweiten Weltkrieg war es die Phase des überaus starken Wachstums, das ab Mitte der fünfziger Jahre zur Vollbeschäftigung führte und damit die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer wieder drastisch verbesserte – mit dem Ergebnis, dass die Reallöhne kräftig anzogen, vor allem in den sechziger und frühen siebziger Jahren, als aus demographischen Gründen auch das Potential der Arbeitskräfte vorübergehend schrumpfte. Es bahnte sich deshalb eine durchaus scharfe Korrektur der Einkommens- und damit auch der Vermögensverteilung an, und zwar nicht durch staatliches Handeln, sondern durch marktwirtschaftliche Anpassung. Deutlicher Indikator dafür ist der international hochkorrelierte Anstieg der Lohnquoten, der in jener Zeit zu beobachten war.

Es ist merkwürdig, dass Thomas Piketty in seinem Buch der Entwicklung des Arbeitsmarkts kaum Beachtung schenkt, auch nicht mit Blick auf die Vergangenheit. Er übersieht deshalb, dass die reine „Marktmacht“ des Kapitals im Vergleich zur Arbeit vieles von dem erklären kann, was er als ehernes Gesetz des Kapitalismus und Abweichungen davon betrachtet. So war in der langen Friedenszeit vor 1914 das kräftige Wirtschaftswachstum nur deshalb nicht mit einer Verbesserung der Einkommensverteilung zu Lasten des Kapitals verbunden, weil eine fast unbegrenzte Zahl von Arbeitskräften in den ländlichen Räumen Deutschlands, Frankreichs und anderer angehender Industrieländer in Kontinentaleuropa zur Verfügung stand – als industrielle Reservearmee, wie sie Karl Marx nannte. Ab den 1970er Jahren war es dann die große Generation der Babyboomer, die überall nach Arbeit Ausschau hielt – nach der industriellen Schrumpfung im Gefolge der Ölkrisen ab 1973 und 1980. In Deutschland kam dann später noch die Wiedervereinigung dazu, nochmals mit einem großen Angebot von gut ausgebildeten Menschen, die verzweifelt Arbeit suchten, möglichst an einem neuen modernen industriellen Kapitalbestand. Kein Wunder, dass dies ideale Zeiten für Kapitaleigner und schlechte für Arbeitskräfte waren. Aber diese Zeiten sind vorbei.

Vielleicht liegt hier – neben der Postulierung eherner Gesetze – der zweite Kardinalfehler, der Piketty in der Analyse der Geschichte und der Zukunft der Weltwirtschaft unterläuft: Er überschätzt die Macht der Politik, übrigens genauso wie seinerzeit Karl Marx. Er sieht einerseits den Kapitalismus in ehernen Gesetzen abrollen, und er will andererseits eine Politik, die diesem Kapitalismus mit Macht und Mut in die Speichen greift. Er übersieht dabei, dass die Politik letztlich auf die Knappheiten Rücksicht nehmen muss, die sich in einer Marktwirtschaft nun einmal ergeben, auch zwischen Kapital und Arbeit. Das ist in der Vergangenheit im Wesentlichen geschehen – sieht man einmal von den Großkatastrophen der Weltkriege und der Weltwirtschaftskrise im 20. Jahrhundert ab. Dies ist ein Glück, denn sonst hätte es gerade in den letzten Jahrzehnten weder den erfolgreichen Strukturwandel nach den Ölkrisen noch die Re-Integration Ostdeutschlands und Osteuropas in die Weltwirtschaft gegeben.

Pikettys politische Forderungen sind deshalb ökonomisch nicht gut begründet. Für eine starke Erhöhung der Steuern auf Einkommen, Vermögen und Nachlässe geben weder die historische Entwicklung noch die Zukunftsaussichten einen Anlass. Politisch und sozialphilosophisch sind sie ohnehin sehr fragwürdig: Wer in der Gesellschaft soll genau bestimmen, was im Sinne von Pikettys jakobinischer Meritokratie „verdient“ und was „unverdient“ ist? Die Geschichte lehrt, dass zu unterschiedlichen Zeiten der soziale Wert von Kapital- und Arbeitseinkünften auch unterschiedlich ausfällt, je nach Zinsen und Löhnen. Und dabei sollte es bleiben – aus ökonomischer Vernunft und politischer Überzeugung.

---

**Quell-URL:** <https://www.liberales.de/content/paque-gastbeitrag-gibt-es-doch-gesetze-des-kapitalismus>